



Leiharbeit

Die Fakten

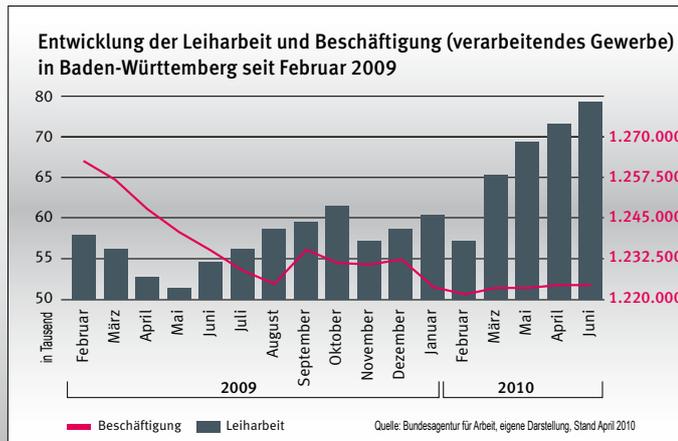
Vor Ausbruch der Krise war Leiharbeit ein gigantischer Zuwachsmarkt. In wenigen Jahren stieg die Zahl der Beschäftigten in Leiharbeitsverhältnissen auf 850.000 an. Mit Beginn der Krise trat das Ausmaß und die Unsicherheit dieser Jobs zu Tage: Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und andere prekär Beschäftigte waren die ersten, die von den ausleihenden Unternehmen nicht mehr benötigt und in die

Wüste geschickt wurden. Bei den Leiharbeitsfirmen hatte man somit auch keine Verwendung mehr für sie und setzte sie auf die Straße.

Inzwischen zieht Leiharbeit wieder an. Nach Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit wurde der bisherige Höchststand an Leiharbeitskräften vom Frühjahr 2008 bereits wieder überschritten - Tendenz steigend. Prognosen sagen, dass wir zum Jahresende mindestens 1.000.000 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in der Republik haben werden – etwa 10 Prozent davon in Baden-Württemberg. Diese werden dann meist zu deutlich schlechteren Entgelten und Arbeitsbedingungen an die Unternehmen verliehen. Leiharbeitskräfte verdienen im Schnitt 35–45 Prozent weniger als Festangestellte in vergleichbaren Positionen. 77 Prozent der vollzeitbeschäftigten Leiharbeitsbeschäftigten erhalten einen Lohn von 1.300 Euro Brutto im Monat. Damit liegen sie unter der gesetzlich definierten Niedriglohnschwelle.

Der im September von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen vorgelegte Gesetzentwurf zur Leiharbeit begrenzt weder die Auswüchse noch den massenhaften Missbrauch von Leiharbeit. Vielmehr öffnet die Ministerin damit dem Abbau von Stammarbeitsplätzen Tür und Tor.

Gibt man prekärer Beschäftigung ein Gesicht, so ist dies vielfach jung und männlich. Insgesamt ist die junge Generation überproportional



von der Prekarisierung durch Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge und Praktika betroffen.

Unsere Argumente

Leiharbeit war als Instrument zur Abfederung von Auftragsspitzen gedacht. Inzwischen hat sich Leiharbeit allerdings zum Massenphänomen entwickelt. Doch das System Leiharbeit ist gescheitert. Der von vielen Befürwortern ins Feld geführte „Klebeffekt“ liegt höchstens bei 7 Prozent, wie eine Studie der Bertelsmann-Stiftung belegt. Leiharbeit ist demnach keine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt. Über die Hälfte aller in Leiharbeit geschlossenen Arbeitsverträge hat eine Laufzeit von weniger als 3 Monaten. Vielfach kommen die Menschen aus dem Strudel prekärer Beschäftigung nicht mehr heraus. Die Folgen für Einkommen, Familie und Gesellschaft sind gravierend. Zudem verdrängt Leiharbeit zunehmend Stammarbeitsplätze. Wir wollen da-

gegen Arbeitsplätze, die allen Beschäftigten Sicherheit und Perspektive bei fairen Arbeitsbedingungen und Einkommen in den Betrieben bieten.

Unsere Forderungen

Leiharbeit ist ein Skandal. Leiharbeit und andere Formen prekärer Beschäftigung stehen für Dumpinglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen. Damit muss Schluss sein.

- Wir wollen in unseren Betrieben gleiche und gesicherte Arbeitsverhältnisse. Deshalb fordern wir von der Bundesregierung, Leiharbeit zu regulieren. Gleiches Geld für gleiche Arbeit und gleiche Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten müssen gesetzliche Mindestbedingungen sein, die nicht umgangen werden können.
- Wenn Leiharbeit, dann nur für kurze Einsatzzeiten und mit klar definierten Regelungen auf Übernahme. Das 2004 abgeschaffte Synchronisationsverbot muss wieder eingesetzt werden.
- Der vorgelegte Gesetzentwurf muss so überarbeitet werden, dass Leiharbeit eingedämmt wird und nicht benutzt werden kann, um Stammbesellschaften unter Druck zu setzen und Arbeitsplätze zu vernichten.
- Die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte darüber, ob und unter welchen Bedingungen Leiharbeit im Betrieb stattfindet, müssen erweitert werden.

